

Phantasialand-Erweiterung nur bis zur L 194

Grüne im Regionalrat Köln kritisieren CDU und SPD und stellen eigenen Antrag für heutige Sitzung

Von WOLFGANG KIRFEL

BRÜHL. Die Grünen im Regionalrat Köln kritisieren den von CDU, SPD und FDP in Zusammenhang mit der geplanten Erweiterung des Phantasialands vorgeschlagenen Waldtausch. Danach sollen die Stadt Brühl und Privatbesitzer Wald tauschen und das Land wenn möglich sogar mehr Flächen erhalten, als es abgibt. Die Grünen haben nun für die heute um zehn Uhr beginnende Sitzung in der IHK Köln einen eigenen Antrag gestellt. Danach sollen nur Flächen östlich der L 194 für eine Ausdehnung des Freizeitparks zur

Verfügung gestellt werden. „SPD und CDU verweigern sich bei der Entwicklung des Phantasialands erneut einer einvernehmlichen Lösung. Statt sich für eine allseits akzeptable Lösung einzusetzen, profilieren sich Sozial- und Christdemokraten als Vabanquespieler, die mit ihrer Kopf-durch-die-Wand-Politik das gesamte Projekt nachhaltig gefährden“, erklärt Rolf Beu, Fraktionsvorsitzender der Grünen im Regionalrat.

Dabei gehe die SPD im Regionalrat zum wiederholten Mal auf Konfrontationskurs zur eigenen Landesregierung. „Der SPD ist bekannt, dass die

‚Waldtauschaktion‘ eigentlich nur als Trickserie gewertet werden kann. Wer sich so einseitig und kompromissunfähig zeigt, darf sich am Ende nicht wundern, wenn auch von anderer Seite angedachte Kompromissansätze zurück genommen werden und so auch die Waldflächen östlich der Landesstraße dann nicht mehr zur Diskussion stehen“, betont Beu.

Die Grünen wollen die Erweiterung auf den Bereich östlich der Landesstraße beschränken und das mit konkreten Bedingungen verknüpfen. „Da auch für eine Erweiterung östlich der Landesstraße

ökologisch wertvolle Flächen in Anspruch genommen werden müssen, wird von allen Beteiligten dauerhaft auf eine Erweiterung des Phantasialands jenseits der Straße verzichtet“, fordert die Umwelpartei.

NABU begrüßt den Vorschlag der Grünen

Der Investor solle rechtsverbindlich zusichern, dass die Erweiterung dauerhaft auf dieses Gebiet begrenzt werde. Ferner solle in Zusammenhang mit der Inanspruchnahme

des Naturschutzgebiets „Ententeich“ und dessen naturschutzfachlichen Ausgleich ein Konsens mit allen Beteiligten gefunden werden. Unabhängig vom vorgeschriebenen Flächenausgleich im Rahmen der Regelungen eines landesplanerischen Ausgleichsverfahrens solle der Landesbetrieb Wald und Holz einen adäquaten Ausgleich an Wald für die von ihm bereitgestellte Fläche erhalten.

Darüber hinaus wollen die Grünen, dass im Brühler Stadtgebiet beziehungsweise in der Umgebung für Gewerbe- oder Wohngebiete bereits überplante Flächen entspre-

chend reduziert werden, um diese neu aufzuforsten. So soll erreicht werden, dass aus der geplanten Freizeitpark-Erweiterung kein zusätzlicher Flächenverbrauch resultiert. Für die Konsenssuche solle ein externer neutraler Mediator eingeschaltet werden.

Der Naturschutzbund Rhein-Erft begrüßt den Vorschlag der Grünen. „Wir sehen die Landesstraße auch als absoluten Grenze und wollen keine Erweiterung in den Villewald hinein“, erklärt Wilbert Spitz. Auch der von CDU, SPD und FDP angeregte Waldtausch sei keine akzeptable Lösung.